

Entwurfs relativiert und dessen experimenteller Charakter nicht nur längst aufgedeckt, sondern bereits utopieimmanent wirksam geworden. Ein ernst zu nehmender utopischer Entwurf liefert heute seine eigene Kritik gleich mit. Dass die Dystopie als Selbstkritik der Utopie ein konstitutives Element der neueren Entwürfe ist, gehört heute zum Konsens der Utopieforschung.

Aber selbst dort, wo der Leser den Spuren *Schölderles* nicht folgen kann, schimmert die Qualität dieser Untersuchung durch, weil sie ihn zwingt, die Prämissen seiner eigenen Paradigmen zu überprüfen. Darüber hinaus ist sie ein wichtiger Beitrag zur Standortbestimmung der Utopieforschung im deutschsprachigen Raum. Entgegen dem herrschenden Vorurteil, diese stünde im Schatten der anglo-amerikanischen Hegemonie, zeigt *Schölderle*, dass schon vor dem Ersten Weltkrieg die Grundlagen einer Historiographie des utopischen Denkens in Deutschland gelegt wurden und dass hier in der Gegenwart die Kontroverse um ihren Begriff eine Intensität und Grundständigkeit erlangte wie nirgendwo sonst auf der Welt.

Richard Saage

POLITISCHES SYSTEM DEUTSCHLAND

Träger, Hendrik. *Die ostdeutschen Landesverbände in den Bundesparteien. Personelle, inhaltlich-programmatische und finanzielle Beziehungen (1990-2007)*. Frankfurt am Main u.a. Peter Lang Verlag 2011. 546 Seiten 79,80 €.

In der öffentlichen Wahrnehmung werden die politischen Parteien vielfach nur auf der Bundesebene und durch ihr

nationales Spitzenpersonal repräsentiert. Doch sind sie intern erheblich stärker differenziert, und in einem föderativen politischen System wie der BRD kommt den Landesverbänden eine besondere Bedeutung zu. Hierzu ist generell und speziell über die ostdeutschen Gliederungen wenig bekannt. Insofern schließt die Dissertation von *Hendrik Träger* eine wichtige empirische Lücke.

Theoretisch basiert die Arbeit auf den Modellen, die Parteien als Stratarchien beziehungsweise als organisierte Anarchien konzipieren und die dem Mythos zentralisierter Apparate widersprechen. Methodisch zeichnet sie sich durch eine Bearbeitung und den Vergleich aller relevanten Parteien – CDU, SPD, PDS, FDP und Grüne – aus. Dazu werden die Entwicklung der Wähler und Mitglieder, die personellen Verflechtungen, die programmatischen Einflüsse sowie die Finanzen untersucht.

Wie haben sich die ostdeutschen Landesverbände seit 1990 nun entwickelt? Welchen Einfluss konnten sie auf die Bundespartei ausüben, oder sind sie eher am „Gängelband“ der Zentralen? Für die PDS bzw. Linke lässt sich aufgrund der Besonderheiten eine deutliche Stärke der Ostdeutschen konstatieren. Sie stellen ca. 2/3 der Mitglieder und Wähler der Gesamtpartei. Bei den weiteren Parteien liegen die Verhältnisse anders; hier ist bei der CDU der anfänglich beachtliche Mitgliederanteil im Laufe der Jahre geschrumpft. Einen stabilisierenden Einflussfaktor bilden jedoch die von der jeweiligen Partei getragenen Landesregierungen. Zugleich ist die Frage der Koalitionsbildung auch immer ein Thema von bundespolitischer Bedeutung: So hat die SPD-Führung im Herbst 1994 die rot-rote Zusammenarbeit in Mecklenburg-Vor-

pommern verhindert, da sie erhebliche Schäden für die weiteren Wahlen sah. Zudem existieren verschiedene Verflechtungen auf personaler Ebene; über die Delegierten werden die Positionen der Landesverbände in den Parteitag repräsentiert. Die Wahl in die weiteren Gremien, das heißt in die Parteausschüsse und in die engere Parteiführung, ist allerdings nicht nur unter Proportionsgesichtspunkten zu sehen, sondern auch Ausdruck von Persönlichkeitsfaktoren. Das beste Beispiel für diese Kombination von Einflussfaktoren liefert Angela Merkel: Obwohl sie aus einem kleinen Landesverband kommt, der zudem in der Opposition ist, hat sie sich durchsetzen können und ist sogar Parteichefin und Kanzlerin geworden. Auch in der Programmarbeit zeigt sich dieses Phänomen: So hat Matthias Platzeck – als Person wie als Repräsentant – das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates in die Diskussion der SPD-Bundespartei eingebracht. Auch bei den Liberalen war es für die Ostdeutschen von Vorteil, dass Cornelia Pieper aus Sachsen-Anhalt viele Jahre Generalsekretärin und stellvertretende Parteivorsitzende war und einige Papiere mit Bezug zur speziellen Situation in den neuen Bundesländern ausarbeitete. Trotz aller Autonomie der Landesverbände ist laut *Träger* kein Eingreifen der Bundespartei erforderlich gewesen, um eine ostdeutsche Gliederung politisch auf Kurs zu bringen. Das liegt vor allem daran, dass sie eine gemeinsame Wertebasis und Grundsatzprogrammatis aufweisen. Möglicherweise sind dabei aber auch die finanziellen Unterstützungsleistungen der Bundespartei von Bedeutung, die im Zeitverlauf und bei Wahlkämpfen eine große Rolle gespielt haben.

Abschließend – nach 500 Seiten differenzierter und detaillierter Darstellung der innerparteilichen Strukturen – sieht *Hendrik Träger* kaum Möglichkeiten zur Generalisierung seiner Forschungsergebnisse. Die Parameter, die organisatorische Ressourcen beschreiben – das heißt Wahlergebnisse, Mitgliederzahl, Stellung im politischen System des Landes – können den Einfluss nicht erklären: Die innerparteilichen Prozesse sind seines Erachtens dazu „zu komplex“. Daher ist die Bildung „genereller Kategorien nicht zweckmäßig“, so das Fazit.

Dies lässt sich durchaus anders sehen und zeigt ein bisschen das Dilemma dichter Beschreibungen. Entweder wird die Fülle empirischer Details umfangreich dargestellt – wie im vorliegenden Fall –, dann wird jedoch eine theoretische Erschließung und Vertiefung schwierig. Oder aber, die Arbeit verfolgt stärker theoretische Ambitionen, dann müssen die Befunde aggregiert, typisiert und nach kausalen Mechanismen gesucht werden. Letzteres ist für die Entwicklung der Parteienforschung dringend geboten.

Josef Schmid

VERGLEICH POLITISCHER SYTEME

Rothgang, Heinz, Mirella Cacace, Lorraine Frisina, Simone Grimmeisen, Achim Schmid und Claus Wendt. *The State and Healthcare. Comparing OECD Countries*. Basingstoke. Palgrave Macmillan 2010. 278 Seiten. 75 €.

Die Gesundheitspolitik ist eher ein Stiefkind der deutschen Politikwissenschaft. Viel zu oft werden Debatten in diesem Feld Medizinern, Ökonomen